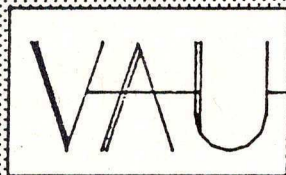


9. Jahrgang Nr. 22
April 1992



Verein für angewandten Umweltschutz e.V.
Berliner Straße 6 3250 Hameln 1 Tel. 05151/51529

Aus gegebenem Anlaß:

Wie erdbebensicher ist Grohnde?

In der Nacht zum 13. April wurden viele von uns aus dem Schlaf gerissen: die Erde bebte, und zwar in einem Ausmaß, welches in unserer Gegend noch nicht beobachtet worden war.

Dies hat der VAU zum Anlaß genommen, sich mit der Frage der Erdbebensicherheit des Atomkraftwerkes Grohnde zu befassen. Daß diese Fragestellung nicht an den Haaren herbeigezogen ist, zeigt allein schon die Tatsache, daß die DWZ am 14. April unter der Überschrift "Keine Probleme: Das KKW Grohnde lief weiter" versuchte, die Gemüter zu beruhigen. Weiterhin konnte man dem Artikel entnehmen, daß das Thema die Betreiber von Grohnde eher langweilt ("Wir haben hier schließlich keine Erdbeben-Meßstation.") und daß die Gesellschaft für Reaktorsicherheit in Köln die Angelegenheit ebenfalls auf die leichte Schulter zu nehmen scheint. Sagte doch deren Sprecher Dr. Butz auf die Frage, wie man in Grohnde ohne Erdbeben-Meßstelle feststellen könne, wann abgeschaltet werden muß: "Da muß ich passen. Ich weiß nur: Auch Grohnde ist gegen Erdstöße geschützt."

Über die Auslegung des AKW gegen Beschädigungen durch Erdbeben liegen uns nur wenige Informationen vor. Die wesentlichen uns bekannten Aussagen finden sich in der "1. Teilgenehmigung zur Errichtung des Kernkraftwerkes Grohnde" vom 8. Juni 1976. Dort heißt es auf S. 73:

"Die unter Berücksichtigung der größten bisher bekanntgewordenen Erdbeben in der Umgebung des Standortes und unter Zugrundelegung eines Sicherheitsfaktors vorgenommene Auslegung der Anlage gegen

Erdbeben reicht aus, um mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sicherheitstechnisch bedenkliche Erdbebenschäden an der Anlage am vorgesehenen Standort ausschließen zu können."

Und weiter auf S. 30:

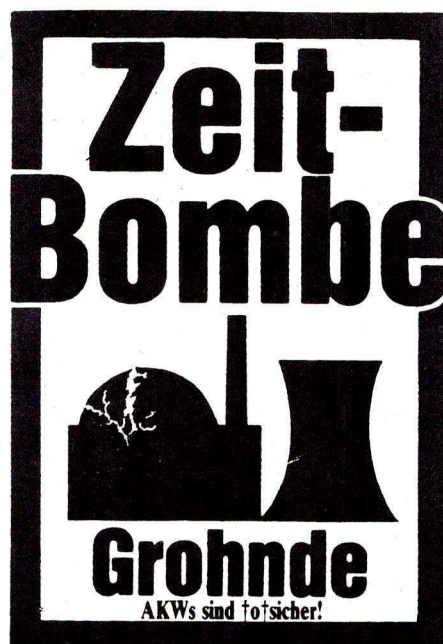
"Der Standort liegt nach der Übersichtskarte der Erdbebenzonen in der Bundesrepublik Deutschland ... in der Erdbebenzone 0, in der nach den bisherigen Erfahrungen die

calli-Skala werden im Gegensatz zu der häufiger genannten Richterskala Erdbeben nicht nach ihrer Stärke, sondern nach ihren fühl- und sichtbaren Auswirkungen beschrieben. (siehe Kasten)

Die Mercalli-Skala ist heute in Europa in einer modifizierten Form als Medvedev-Sponheuer-Kárnik-Skala, kurz MSK-Skala gebräuchlich. Wir werden uns daher im folgenden stets auf diese beziehen.

Das jüngste Beben hatte im Rheinland Radioberichten zufolge eine MSK-Stärke von VII bis VIII. Über dessen Einstufung in unserer Region liegen uns keine offiziellen Angaben vor. Nimmt man die Schilderungen der DWZ zum Maßstab ("Häuser erzitterten, Vögel spielten verrückt: Das Erdbeben riß die Hamelner aus dem Schlaf"), so hatte unserer Auffassung nach das Beben bei uns eine Intensität von IV bis V auf der MSK-Skala. Diese Stufen sind wie folgt klassifiziert:

Fortsetzung auf S.2



Erdbebenintensität V der Mercalli-Sieberg-Skala nicht erreicht wurde und in Zukunft nicht zu erwarten ist."

Mittels der erwähnten, 12-teiligen Mer-

Aus dem Inhalt

Wie erdbebensicher ist Grohnde?

Verschwiegener Brennelementschaten
- eine Nachlese -

Würgassen: Risse in Schweißnähten

Tschernobyl-Solidarität
- eine Zwischenbilanz -

Einladung zur VAU-
Mitgliederversammlung

"IV Größtenteils beobachtet"

Das Beben wird in Gebäuden von vielen, im Freien von wenigen Personen verspürt. Vereinzelt erwachen Schlafende. Schrecken wird nicht hervorgerufen. Die Erschütterung ist ähnlich der, wie sie beim Vorüberfahren eines schweren, beladenen Wagens entsteht. Fenster, Türen und Geschirr klirren und klappern, Fußböden und Wände krachen. Möbelstücke erzittern, hängende Gegenstände pendeln leicht..."

"V Aufweckend"

Das Beben wird in Gebäuden von allen, im Freien von vielen beobachtet. Viele Schlafende erwachen. Vereinzelt fliehen die Bewohner ins Freie. Tiere werden unruhig. Es findet eine Erschütterung des ganzen Hauses statt.... Die Erschütterung ist ähnlich der, wie sie beim Umfallen eines schweren Gegenstandes im Haus hervorgerufen wird."

Mit anderen Worten: Wir hatten es offensichtlich mit einem Beben zu tun, daß den Grohnder Genehmigungsunterlagen zufolge bei uns "nicht zu erwarten ist"! Und diese Einschätzung der Gutachter wurde zum Maßstab bei der Konstruktion des Reaktors hinsichtlich seiner Bebenfestigkeit genommen! Sicherlich: niemand kann den Gutachtern vorwerfen, sie hätten die Zukunft falsch prognostiziert. Nur: hier geht es nicht um eine Wettervorhersage, sondern um Sicherheitskriterien, die bei falscher Einschätzung katastrophale Auswirkungen für eine ganze Region hätte! Und dann die Atom"experten" für die

Mercalli-Skala

Grad	Benennung	Beschreibung	max. Beschleunigung cm/s ²
1	unmerklich	Nicht fühlbar, nur von Erdbebeninstrumenten aufgezeichnet.	bis 0,25
2	sehr leicht	Nur vereinzelt gefühlt, vornehmlich in oberen Stockwerken.	0,25-0,5
3	leicht	Von wenigen Personen im Hausinnern merklich gefühlt.	0,5-1
4	mäßig	Im Freien kaum spürbar. In Häusern allgemein gefühlt. Fenster klirren, Türen, Balken und Decken knistern, Flüssigkeiten schaukeln.	1-2,5
5	ziemlich stark	Im Freien deutlich spürbar. In Häusern pendelnde Lampen, schwächere Äste von Pflanzen bewegen sich, Bilder schlagen klappernd gegen die Wand, Fensterscheiben zerspringen.	2,5-5
6	stark	Allgemein mit Schrecken verspürt. In Häusern fallen Bücher und Bilder herab, Möbelstücke werden verrückt. Vereinzelt Risse an Häusern, Turmuhren schlagen an. Viele Personen flüchten ins Freie.	5-10
7	sehr stark	In Häusern stürzen schwere Gegenstände um. Herabfallen von Ziegeln und vereinzelt von Kaminen. Seen und Teiche werfen Wellen. Stehen fällt schwer. Beben im fahrenden Kraftwagen spürbar.	10-25
8	zerstörend	Schwere Möbelstücke werden umgeworfen. Vereinzelt stürzen Häuser ein. An Steilhängen und im nassen Erdbreich brechen Schlammlströme aus. Steuern von Kraftwagen beeinträchtigt.	25-50
9	verwüstend	Viele Steinhäuser stürzen ein. Fachwerkbauten werden gedrückt. Zerstörungen an Rohrleitungen. Allgemeine Panik.	50-100
10	vernichtend	Die meisten Steinhäuser stürzen ein. Holzhäuser werden schwer beschädigt. Im Straßenbelag entstehen Risse, Eisenbahnschienen werden leicht verbogen. Felsstürze und Erdrutsche gehen vereinzelt nieder. Wasser aus Flüssen und Seen wird gegen das Ufer geschleudert.	100-250
11	Katastrophe	Alle Steinhäuser, die meisten Holzbauten stürzen ein, alle Brücken werden zerstört. Deiche brechen. Eisenbahnschienen werden stark verbogen, Rohrleitungen völlig zerstört. Breite Risse und Spalten im Erdboden. Zahlreiche Erdrutsche und Felsstürze.	250-500
12	große Katastrophe	Nichts hält stand. Wasserläufe werden verändert, Seen aufgestaut. Allgemein große Umgestaltung des Bodens.	über 500

Bevölkerung lediglich ein paar launige Sprüche übrig.

Der VAU fordert demgegenüber von Betreibern und Aufsichtsbehörde eine sofortige Sicherheitsüberprüfung bezüglich der Erdbebensicherheit des AKW

Grohnde. Bis zum Vorliegen dieses Gutachtens darf der Reaktor nicht weiter betrieben werden. Unabhängig vom Ergebnis der Untersuchungen müssen sofort Erdbebenmeßeinrichtungen installiert werden.

Verschwiegener Brennelementscha den (Nachlese): Anfang einer neuen Atompolitik?

Am 15.10.1991 wies der VAU e.V. Hameln in einer Presseerklärung auf einen von den Betreibern verheimlichten Brennelementschaden im AKW Grohnde im April/Mai 1990 hin (s. letztes Info). Diese Presseerklärung ging auch dem Niedersächsischen Umweltministerium zu. Entgegen unseren Erwartungen erhielten wir aber von dort keine Rückmeldung. Stattdessen mußten wir mit Befremden in der Deister- und Weserzeitung vom 7.11.1991 lesen, daß sich das Ministerium der verarmlosen und sachlich unzutreffenden Stellungnahme der Kraftwerksleitung in Grohnde im wesentlichen angeschlossen hatte. Mit diesen Erklärungen wollten wir uns nicht abspesen lassen, denn in den offiziellen Jahresberichten des Bundesum-

weltministers über "besondere Vorkommnisse" tauchen immer wieder Brennelementschäden auf (u.a. AKW Biblis am 9.6.1989 sowie am 5.7.1990, AKW Gundremmingen im März 1990, AKW Brunsbüttel im Jahre 1988 und AKW Grohnde am 29.6.1986). Außerdem unterliegen laut den gesetzlichen "Meldekriterien für besondere Vorkommnisse in Kernkraftwerken" vom Mai 1985 "Schäden an Reaktordruckbehältereinbauten, Reaktorkern oder Dampferzeugereinbauten" der Meldepflicht, und es läßt sich wohl kaum bestreiten, daß Brennelemente zum Reaktorkern gehören. Entgegen der Behauptung der Kraftwerksleitung findet sich in den Monatsberichten, die für die hiesige Öffentlichkeit bestimmt sind, kein Sterbenswörtchen von

dem schadhafte Brennelement!

Wieder einmal sollten wir also für dumm verkauft werden. und dieses Mal auch von einer rot-grünen Landesregierung, zu deren erklärten Zielen der Ausstieg aus der Atomenergie gehört. Das ärgerte uns ebenso wie die geringe Beachtung, die ausgerechnet das Umweltministerium der Arbeit von Bürgerinitiativen zu schenken schien.

Schließlich handelte es sich hier nicht um unsere erste Enttäuschung: In den Koalitionsvereinbarungen wird der Bevölkerung zugesagt, daß sie über Atommülltransporte informiert werden soll. Obwohl seit dem Regierungswechsel im Jahre 1990 mehrere Brennelement-Transporte das Grohnder

Fortsetzung auf S.3

Kraftwerk verlassen haben und weitere folgen werden, mußten wir trotz ausdrücklicher Bitten bislang vergeblich auf Informationen aus dem Umweltministerium warten.

Ebenso war uns der gewaltsame Polizeieinsatz noch in bitterer Erinnerung, mit dem die Landesregierung im Sommer der Weisung von Bundesminister Töpfer gefolgt war und die Einlagerung von radioaktiven Abfällen in Gorleben erzwungen hatte.

Daß wir mit unseren Zweifeln an der Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der Zusagen, mit denen insbesondere Umweltministerin Griefahn ihr Amt übernommen hat, nicht allein dastanden, wurde auf einer Konferenz von BürgerInneninitiativen aus den niedersächsischen Atom-Standorten am 26./27.10.1991 in Hannover deutlich.



Die Landesregierung informiert:

wir sind dagegen doch wir können nichts dagegen tun

DIE ANTI-ATOM-INITIATIVEN IN NIEDERSACHSEN SAGEN:

wo ein Wille ist ist auch ein Weg

Zu unserem Bedauern versäumte die Ministerin auch diese Gelegenheit, ihr atompolitisches Vorgehen zu erläutern.

Daher teilten wir der Umweltministerin ebenso wie dem atompolitischen Experten der Landtagsfraktion der GRÜNEN, [REDACTED]

[REDACTED] am 22.11.1991 unsere Einwände, Bedenken und Kritik in einem Brief mit. Während uns der Landtagsabgeordnete Kempmann eine Antwort schuldig blieb, erhielten wir aus dem Umweltministerium eine Stellungnahme mit Datum vom 19.12.1991, die sich allem Anschein nach auf unsere Presseerklärung vom Oktober, nicht aber auf unser Schreiben bezog. Das Ministerium teilte uns darin mit, daß man nach der inzwischen erfolgten Überprüfung des Störfalls endgültig eine Meldepflichtigkeit ausschließen müsse, weil die freigesetzte Radioaktivität

unterhalb der im Primärkreislauf zugelassenen Grenzwerte lag.

Gut einen Monat später erreichte uns dann die Antwort der Ministerin auf unseren "Beschwerdebrieff." Darin schreibt sie, daß laut Neufassung der "Meldekriterien für meldepflichtige Ereignisse in Anlagen zur Spaltung von Kernbrennstoffen" vom 1.7.1991 Brennelementeschäden beim bestimmungsgemäßen Betrieb eines AKW von vornherein einkalkuliert werden und nur dann meldepflichtig sind, wenn sie Hinweise auf systematische Schwachstellen (z.B. bei der Herstellung) liefern oder wenn sich die radioaktiven Abgabewerte in Abluft oder Abwasser den festgelegten Grenzwerten nähern und die Anlage deshalb abgefahren, sprich: gestoppt werden muß. Das heißt also, daß der von uns angesprochene Schaden tatsächlich nicht meldepflichtig war, da es den Kraftwerksbetreibern sowieso gesetzlich erlaubt ist, eine bestimmte Menge radioaktiver Stoffe an die Umwelt abzugeben!

Im zweiten Teil ihres Antwortbrieffes nimmt Frau Griefahn zu den von uns geäußerten Zweifeln an der Ernsthaftigkeit, mit der die rot-grüne Landesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie betreibt, Stellung. Darin bedauert sie, daß besonders in der Frage der Atommüll-

transporte der Handlungsspielraum des niedersächsischen Umweltministeriums sehr stark durch die Weisungskompetenz des Bundesumweltministers eingeschränkt wird. So ist es dem niedersächsischen Umweltministerium "aus Sicherheits- und Sicherheitsgesichtspunkten" nicht erlaubt, die Öffentlichkeit über bevorstehende Transporte zu informieren. Im Gegensatz zum niedersächsischen Umweltministerium schließt sich das niedersächsische Innenministerium als für Atommülltransporte zuständige Behörde der restriktiven Auffassung von Umweltminister Töpfer an. Weiterhin bindet ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Schacht Konrad die Bundesländer an Weisungen aus Bonn selbst dann, wenn diese für rechtswidrig gehalten werden.

Im Rahmen seiner Kompetenzen plant das niedersächsische Umweltministerium die Herausgabe eines Faltblattes, das die Öffentlichkeit über die Risiken von Atommülltransporten informieren soll.

Zum Schluß nun noch die "guten" Nachrichten:

Der im Dezember von der niedersächsischen Landesregierung ins Leben gerufene "Beirat für Fragen des Kernenergieausstiegs", dem 12 Experten verschiedener

Fortsetzung auf S.4

Störfall verheimlicht? ^{"DWZ, 7.11.91"}

Kraftwerksleitung weist den Vorwurf energisch zurück

as GROHNDE. Der Hamelner Verein für angewandten Umweltschutz (VAU) schlägt Alarm. Das Gemeinschaftskernkraftwerk Grohnde (KWG), so Vorsitzender Ulrich Bomnüter, habe einen meldepflichtigen Störfall verheimlicht – ein Skandal, der nicht ohne Konsequenzen bleiben dürfe. „Alles Humbug“, kontert derweil die Kraftwerksleitung: Von einem Störfall könne keine Rede sein.

Die Umweltschützer sehen dies freilich anders. Wie aus dem Jahresbericht 1990 des „Ausschusses für Betriebserfahrungen“ (ABE-Ausschuß) in der „Technischen Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber (VGB)“ hervorgehe, formuliert der VAU, sei im KW Grohnde nach dem fünften Brennelementwechsel im April/Mai 1990 eine erhöhte Radioaktivität des Kühlwassers im Primärkreislauf festgestellt worden. Dies, argwöhnt Bomnüter, deute klar auf einen Brennelementeschaden hin.

Bis heute sei dieser „meldepflichtige Störfall“ jedoch nicht im vierteljährlichen „Bericht über besondere Vorkommnisse in Kernkraftwerken der Bun-

desrepublik Deutschland“ aufgetaucht. Der VAU stellt nun „diesen Skandal“ in eine Reihe mit den „jüngst verheimlichten Störfällen“ in den Kernkraftwerken Stade und Unterweser sowie den „jahrzehntelangen widerrechtlichen Betrieb des KKW Unterweser. Entsprechend hart fällt das Urteil des Vereins aus: Man werte das Ereignis als einen weiteren Anlaß, die Zuverlässigkeit der Grohnde-Betreiberin PreussenElektra in Zweifel zu ziehen.

Vor diesem Hintergrund fordert der VAU die PreussenElektra jetzt auf, den Vorfall rückhaltlos aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Weiter fordert der Verein das niedersächsische Umweltministerium auf, zu prüfen, ob im Falle der PreussenElektra angesichts der „sich häufenden Skandale“ die im Atomgesetz von den Betreibern geforderte Zuverlässigkeit noch gegeben ist.

Die massiven Vorwürfe des Umweltvereins entlocken der Kraftwerksleitung derweil nur ein müdes Lächeln. Das Kernkraftwerk Grohnde, erläutert Dipl.-Physiker Peter Kahlstatt,

stellvertretender Kraftwerksleiter, auf Anfrage der Dewezet, verfüge über 193 Brennelemente mit je 236 Brennstäben – angesichts dieser Masse müsse immer mit Schäden an den Brennstäben gerechnet werden.

Dies sei aber überhaupt nichts Besonderes, zumal die Anlage für derartige Vorfälle ausgelegt sei. Brennstab-Schäden, unterstreicht Kahlstatt, gelten außerdem nicht als Störfälle, meldepflichtig seien sie schon gar nicht. Energisch verwahrt sich der stellvertretende Kraftwerksleiter zudem gegen die Behauptung, das KWG verheimliche etwas. Der als Skandal bezeichnete Schaden, erinnert der Diplom-Physiker, stehe im Monatsbericht des betreffenden Jahres.

Das Umweltministerium bestätigt die Aussage der Kraftwerksleitung. Zwar sei die Prüfung noch nicht gänzlich abgeschlossen, berichtet Eva-Maria Rexing, Pressesprecherin des Ministeriums. Allerdings deute alles darauf hin, daß es sich tatsächlich um einen Vorfall handelt, der nach den geltenden Kriterien nicht meldungspflichtig ist.

Fortsetzung von S.3

Fachrichtungen angehören, soll besonders auf der Grundlage neuer Daten und Erkenntnisse in bezug auf das Verhalten von Werkstoffen und in bezug auf Strahlenschutz die Sicherheit bzw. Unsicherheit von AKWs neu bewerten, um so langfristig den von der Landesregierung geplanten Ausstieg aus der Atomenergie voranzutreiben. Es dürfte jedem klar sein, wie langwierig und mühselig die Arbeit des Beirats sein wird.

Um sich nicht weiterhin dem Vorwurf auszusetzen, daß dem Ministerium die Kommunikation mit einer BI wie dem VAU nicht sonderlich wichtig erscheint, wurde der VAU in den Informationsverteiler des niedersächsischen Umweltministeriums zu

Atomthemen aufgenommen, einen Termin für ein Gespräch konnte uns Frau Griefahn jedoch leider nicht geben.

Ihre Zusage, uns in den Atom-Verteiler des Ministeriums aufzunehmen, trug dabei erste Früchte: Wir erhielten einige Dokumente zur Konstituierung des "Beirats für Fragen des Kernenergieausstiegs" im Dezember letzten Jahres.

Wenn die Antworten auf unsere Fragen auch nicht unserem Wünschen gemäß ausgefallen sind, wenn auch unsere Kritik nicht vollständig beseitigt worden ist, so haben wir doch den Eindruck, daß die Ministerin hier einen Weg eröffnet hat, der gekennzeichnet ist von gegenseitiger Information und einem ernsthaften und

konstruktiven Umgang mit Kritik. Wie lang dieser Weg sein wird, welche Windungen er nehmen wird, welche Hindernisse ihn erschweren werden, ob er überhaupt zu dem von uns so sehr gewünschten Ziel des Ausstiegs aus der Atomenergie, konkret: der Stilllegung der niedersächsischen Atomanlagen, führen wird, muß unter den derzeit und womöglich noch lange geltenden politischen, juristischen und sozialpsychologischen Bedingungen wohl dahingestellt bleiben: Der deutsche Kanzler sitzt fest auf seinem Thron, das Atomgesetz wird demzufolge in einem ganz anderen als unseren Sinne geändert, und wegen der Atomkraftwerke denkt das deutsche Volk nicht einmal im Traum an einen Aufstand. ●

Gerissene Schweißnähte in Würgassen: Sicherheitsphilosophie am Ende?

Selten sah der sonst stets reichlich Zuversicht verströmende Bundesumweltminister Töpfer so betreten aus wie in den ARD-"Tagesthemen" am 7. April. Dabei war es eine schlichte Mitteilung aus seinem eigenen Hause, die ihn in die Bredouille gebracht hatte:

Am 1. April hatte das Bonner Umweltministerium nämlich verlauten lassen, daß bereits im Juli 1991 im AKW Würgassen "Anrisse" an zwei Kühlrohrschweißnähten festgestellt worden seien. Dabei handelt es sich nicht um altersschwache Bauteile eines altersschwachen Reaktors, sondern pikanterweise sind die fraglichen Rohre erst Anfang der 80er Jahre gegen neue Rohre ausgetauscht worden, die aus austenitischem Stahl, einer besonderen Edelstahllegierung, gefertigt sind und bis dato bei Werkstoffexperten als "basissicher" und damit unanfällig gegen größere Risse gegolten haben. Dieser Stahl ist auch in anderen deutschen Reaktoren zum Einsatz gekommen.

Ungeachtet der tröstlich gemeinten Nachricht, daß die Schäden inzwischen saniert worden seien, steht der Minister und mit ihm die ganze Atomgemeinde vor einigen hochnotpeinlichen Fragen:

Welche katastrophalen Folgen hätte ein Bruch der angerissenen Rohrleitung gehabt, der bis zu der eher zufälligen Entdeckung der Risse jederzeit möglich gewesen wäre?

Auf welchen Erkenntnissen und Erfahrungen basiert die werkstoffkundliche Bewertung des verwendeten Stahls als "basissicher"? Kann diese Bewertung jetzt noch aufrechterhalten werden?

Was bleibt von der aus dieser Bewertung

abgeleiteten Behauptung von der "Basissicherheit" der Kühlsysteme übrig?

Wie wirksam sind überhaupt die gesetzlich vorgeschriebenen und alljährlich durchge-

Fortsetzung auf S.5



Fortsetzung von S.4

fürten Prüfverfahren für die deutschen Atomkraftwerke, wenn solche möglicherweise folgenschweren Schäden jahrelang unentdeckt bleiben können? Welches Maß an Zuverlässigkeit und Sicherheit bieten die Prüfergebnisse tatsächlich?

Welchen praktischen Nutzen hat das geltende Meldeverfahren für die Sicherheit der Bevölkerung, wenn es 10 Monate dauert, bis die Aufsichtsbehörde in Gestalt des Bundesumweltministeriums von einem so gravierenden Vorfall Kenntnis erhält? Oder wußten die Aufsichtsbehörden in Bonn und Düsseldorf schon länger davon und haben es nicht für erforderlich gehalten, die Öffentlichkeit zu informieren?

Welche Konsequenzen ziehen Aufsichtsbehörden und Betreiber aus diesem Vorfall hinsichtlich des weiteren Betriebs des

AKW Würgassen und sämtlicher anderen deutschen Atomreaktoren?

Die Würgassen-Betreiberin Preussenelektra hat laut Mitteilung des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers als zuständiger Aufsichtsbehörde ein besonders tief angerissenes Kühlrohr ersetzt. Die andere beschädigte Schweißnaht ist nachgebessert worden.

Gegen den Weiterbetrieb des Schrottreaktors hat Minister Jochimsen im Gegensatz zu den nordrhein-westfälischen Grünen keine Bedenken.

[REDACTED] Sicherheitsexperten des Öko-Instituts Freiburg, sprechen von einer "großen Blamage" für die Werkstoffkundler und einem "Zusammenbruch der Sicherheitsphilosophie der letzten 10 Jahre".

Klaus Töpfer, Bundesminister für Reaktorsicherheit, hat alle AKW-Betreiber zu einer Überprüfung aufgefordert, ob Schäden à la Würgassen in ihren Reaktoren ausgeschlossen werden können. Im Zweifelsfalle, so der Minister, sei es unumgänglich, einzelne Schweißnähte "mit geeigneten Prüfverfahren" nachzubewerten.

Wenn im Zweifelsfalle tatsächlich Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit ginge, müßten alle deutschen Atomkraftwerke solange abgeschaltet werden, bis die Bedenken sowohl hinsichtlich der Prüfverfahren als auch des verwendeten Materials beseitigt worden sind. Mit dieser Schlußfolgerung beendeten die "Tagesthemen"-Redakteure ihren Beitrag.

Der VAU wird - zumindest was Grohnde betrifft - am Ball bleiben.

Einladung

Zur VAU-Mitgliederversammlung gemäß § 14 und § 15 (1,2) der Satzung

am 19. Mai 1992 um 20 Uhr

laden wir hiermit ein.

Die Versammlung findet in unserem Büro, Koppensstraße 41, Hameln 1, statt.

Der Vorstand schlägt folgende Tagungsordnung vor:

1. Genehmigung des Protokolls der letzten MV vom 21.05.1991
2. Geschäftsbericht des Vorstandes
3. Bericht der Kassenprüfer
4. Neuwahl der Kassenprüfer
5. Beschluß gem. § 5 (1,3) der Satzung über den Ausschluß von säumigen Mitgliedern
6. Verschiedenes

Gemäß § 15 (2) der Satzung können Mitglieder bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen.

Für den Vorstand

[REDACTED]
gez. (Bomnüter
1. Vorsitzender

[REDACTED]
gez. (Thürnauf)
Schatzmeister

Hilfe für Tschernobyl:

Wie geht es weiter?

Da viele Menschen im Umkreis des VAU e.V. mit ihren Spenden dazu beigetragen haben, daß bei Tscherzy (Belorußland) die ersten Häuser von Familien aus den verstrahlten Gebieten bezogen werden können, und auch an dem Fortgang des Projekts interessiert sind, veröffentlichen wir an dieser Stelle den Brief, der uns im März aus der Heimstätte Dünne erreichte. [REDACTED] und [REDACTED] schreiben:

"Vor genau einem Jahr, exakt am 12. März 1991, begann unser kleines Vorhaben, in Rußland Häuser zu bauen, um Leute aus verstrahlten Gebieten von Tschernobyl evakuieren zu können. Inzwischen sind die ersten fünf Häuser fast fertig, neue sind in der Planung, und wir sind unversehens mitten hineingeraten in einen brodelnden politischen Veränderungsprozeß einer seit letztem Jahr nicht mehr bestehenden UdSSR.

Die Probleme von Tschernobyl sind geblieben, werden aber verdeckt von ganz anderen, täglich neuen Problemstellungen dieser Länder. Wie in einer kleinen Nußschale werden wir in Wildwasser mitgerissen, immer wieder mit veränderten Aufgabenstellungen, so z.B. mit der ergänzenden Paket-Hilfsaktion für "unser" Umsiedlungsdorf, um auf neu entstehende Notlagen dort zu reagieren.

In der letzten Woche ist der zweite Hilfstransport mit zwei Lastwagen wieder zurückgekehrt. Wir möchten an dieser Stelle eine Atempause einlegen und auf Ihre Aktivitäten reagieren, die Sie auf Ihre Weise für das Vorhaben eingebracht haben.

Unsere Bitte auf Unterstützung hat ein so großes Echo ausgelöst (vielleicht gerade wegen der Unmittelbarkeit und Überschaubarkeit), daß wir überwältigt sind und auch (offen gesagt) Mühe haben, den darin gesetzten Hoffnungen gerecht zu werden.

Zur Information für Sie und auch als Dankeszeichen für Ihre Unterstützung ist dieser Zwischenbericht gedacht:

Also: unsere Hauptabsicht bleibt es, Häuser zu errichten für Tschernobyl-Umsiedler. Die vier Dörfer um Tscherzy, 180 km nordöstlich von Minsk in Belorußland, sind und bleiben das Baugelände. Dorthin gingen im wesentlichen Anfang Januar und Ende Februar die beiden Hilfstransporte: schätzungsweise etwa 60 Tonnen, aufgeteilt in unzählige Einzelpakete, zum großen Teil individuell gepackt von Unterstützern aus der Umgebung, gefüllt mit Lebensmitteln und Bekleidung, so daß jeder Familie in den Dörfern Pakete gleichen Inhalts unmittelbar übergeben werden konnten. Jetzt nach Abschluß des zweiten Transportes kann wirklich festgestellt werden, daß diesbezüglich keine Familie übersehen wurde.

Dazu kamen Massen an Medikamenten, die bei Ärzten und Apothekern in der Umgebung hier gesammelt wurden, und darüber hinaus spezielle Materialien, wie z.B. Nähmaschinen für den Aufbau einer Nähwerkstatt in Minsk, Handwerksmaterial für den Häuserbau.

Die Begleitpersonen dieser Transporte haben während dieser an sich schon anstrengenden Expedition kaum zu ertragende Wechselbäder erlebt: überwältigende Dankbarkeit, aber auch Streit um mehr-haben-wollen, erschreckende Notlagen und ständige Versuche von "Habenden", noch mehr an sich zu ziehen. Vermutlich werden bei anonymen Hilfstransporten von Großorganisationen solche Erscheinungen hinter den Fassaden kaum wahrgenommen.

Wir haben jetzt für uns entschieden, daß zunächst kein weiterer Hilfstransport mehr durchgeführt werden soll. Für das kommende Jahr wollen wir auf drei Ebenen weiterarbeiten:

1. Persönliche Kontakte

zu diesen Partnerschaftsdörfern sollen ausgebaut werden. So ist z.B. eine Mutter aus Tscherzy mit ihrem leukämiekranken Kind z. Zt. in Behandlung bei uns. Briefkontakte, gezielte Einzelhilfen, Besuche...

2. Ausbau von kleinen Handwerksbetrieben

Bereits im Winter konnten durch Unterstützung unserer Berliner Partner in einem neugeschaffenen Baubetrieb Lehm- und Betonsteine für etwa zehn Häuser hergestellt werden, die in diesem Jahr gebaut werden sollen. Ein russischer Handwerker macht z. Zt. ein Praktikum in einem hiesigen Zimmereibetrieb. Ab April soll er dort eine Zimmerei aufbauen, um die Dachaufbauten der Häuser vornehmen zu können. Überlegungen gibt es zu einer Elektrowerkstatt, einer Schuhmacherei, einer Nähwerkstatt, landwirtschaftlichen Kleinbetrieben...

Inwieweit das möglich wird, hängt nicht zuletzt von der politischen Entwicklung ab, ob und inwieweit Privatisierung möglich und umsetzbar wird.

3. Häuserbau

In diesem Jahr möchten wir mithelfen, daß verstärkt Häuser errichtet werden, damit nach Möglichkeit ganze Nachbarschaften eines verstrahlten Dorfes der Tschernobyl-Region gemeinsam in Tscherzy eine neue Existenz aufbauen können.

Das alles ist nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein - vielleicht auch noch weniger. Wir wollen uns auch zunächst nur auf dieses Dorf konzentrieren und möglichst "auf kleiner Flamme" arbeiten. Dies bedeutet schon ohnehin viel Veränderung und Unruhe für das Dorf, für die Ansässigen und die neu Zugezogenen, zwischen denen es schon genügend Unsicherheiten gibt. Für die auf deutscher Seite Beteiligten kann es in Zukunft auch nicht einfach so nebenher weitergehen. Das betrifft auch die Heimstätte Dünne, die ihre Aufgabe bisher ausschließlich beim Lehmhausbau sah.

Die Gründung eines Vereins wird z.Zt. überlegt. Wenn Sie noch Möglichkeiten der Mitarbeit, der Anregung usw. sehen, wäre das sicher für den Fortgang ganz wichtig.

Für heute soll es bei dieser Zwischeninformation bleiben. Nochmals sagen wir danke für die vielfältigen Unterstützungen.